

Michael Wildt

Berlin im Nationalsozialismus

Neue Forschungsperspektiven

Antrittsvorlesung

11. November 2009

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I
Institut für Geschichtswissenschaften

Die digitalen Ausgaben der Öffentlichen Vorlesungen sind
abrufbar über den Dokumenten- und Publikationsserver der
Humboldt-Universität unter: <http://edoc.hu-berlin.de/ovl>

Herausgeber: Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Copyright: Die Rechte liegen beim Autor
Berlin 2010

Redaktion: Engelbert Habekost
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin

Herstellung: Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin

Heft 162 ISSN 1618-4858 (Printausgabe)
ISSN 1618-4866 (Onlineausgabe)
ISBN 978-3-86004-247-2
Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier

Berlin im Nationalsozialismus

Neue Forschungsperspektiven

„Alle wollen mich nach Berlin als Retter. Ich danke für die Steinwüste“, schrieb Joseph Goebbels am 10. Juni 1926 in sein Tagebuch.¹ Als er drei Monate später Berlin besuchte, um sich einen Eindruck von der Stadt zu machen, notierte er: „Berlin bei Nacht. Ein Sündenpfuhl! Und dahinein soll ich mich stürzen?“²

Es war keineswegs ausgemacht, dass Goebbels nach Berlin gehen sollte, um die Stadt für den Nationalsozialismus zu erobern. München, nicht das „rote Berlin“ war die Hauptstadt der „Bewegung“. In Berlin fristete die NSDAP ein kümmerliches Dasein, verfügte lediglich über ein paar hundert Mitglieder, war innerlich zerstritten, da die Brüder Gregor und Otto Strasser mit ihren Anhängern für eine sozialistische Variante des Nationalsozialismus kämpften, kurz: die NSDAP war nur eine bedeutungslose völkische Sekte in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Doch siegte bei Goebbels schließlich der Reiz der Herausforderung und nicht zuletzt der ausdrückliche Wunsch Hitlers, der ihn in Berlin als Gauleiter wollte. Am 7. November 1926 traf Goebbels am Anhalter Bahnhof ein.³

I.

Bis heute gilt das Verhältnis vom Nationalsozialismus zu Berlin als gespannt. Hitler habe sich in Berlin nie wohl gefühlt, ebenso wie die Berliner die Nationalsozialisten nicht gemocht haben sollen. Der Historiker Hans Herzfeld, der wegen seiner jüdischen Herkunft aus Berlin und Deutschland vertrieben wurde, meinte 1960, dass Berlin „niemals eine wirklich nationalsozialistische Stadt“ ge-

wesen sei; der früher einmal sehr bekannte Sachbuchschritsteller Bernt Engelmann behauptete sogar, dass die nationalsozialistische Terrorherrschaft in Berlin nahezu ausnahmslos von Nicht-Berlinern organisiert und gelenkt worden sei, und auch noch jüngst lautete der Titel eines Buches „Die missbrauchte Hauptstadt“.⁴

Demgegenüber ist die Forschung zu Berlin im Nationalsozialismus erstaunlich unausgearbeitet geblieben. Kollegen wie Peter Steinbach, Johannes Tuchel oder Wolfgang Wippermann haben dies schon in den 1990er Jahren beklagt und auf die wenigen, verdienstvollen Arbeiten unter anderen von Wolfgang Ribbe und Christian Engeli hingewiesen.⁵ Zweifellos hat sich gerade in den Bezirken seither viel getan, und Sven Felix Kellerhof beweist immer wieder aufs Neue, dass sich informative Bücher für eine breite Leserschaft schreiben lassen, aber eine umfassende Darstellung zu Berlin im Nationalsozialismus steht nach wie vor aus.⁶

Damit sind einige der vielen offenen Forschungsfragen angesprochen: Wie war es möglich, dass dieses unbedeutende Grüppchen innerhalb von wenigen Jahren zu einer der mächtigen politischen Organisationen der Stadt aufsteigen konnte? Wie schaffte es Goebbels, im „roten Berlin“ Fuß zu fassen, wo die Sozialdemokraten und Kommunisten trotz ihres Gegensatzes bei den Wahlen deutlich die meisten Wählerstimmen erhielten? Bis heute gibt es keine Studie zum Gauleiter Goebbels oder zum Gau Berlin, obwohl es sich um nichts weniger als die Reichshauptstadt handelte und auch Goebbels im „Dritten Reich“ keineswegs nur Propagandaminister war, sondern seine Rolle als Berliner Gauleiter sehr ernst nahm und die Juden der Stadt rastlos verfolgte.⁷

Zeitgenössische Fotografien zeigen eine Spur. Goebbels trat keineswegs im Trachtenjankerl und Lederhosen auf, sondern trug einen schwarzen Ledermantel wie ein Bolschewik; Bert Brecht sah um diese Zeit nicht anders aus! Die NSDAP kopierte die weit er-

folgreichere KPD, organisierte sich zum Beispiel nach dem kommunistischen Vorbild in Straßenzellen. Goebbels begriff früher und konsequenter als andere, dass sich die Politik als Kommunikation in einer sich entwickelnden Mediengesellschaft nachhaltig verändern würde. Es kam darauf an, dass die Nationalsozialisten öffentlich auffielen und in den Medien, damals in den zahlreichen und mehrmals am Tag erscheinenden Tageszeitungen, präsent waren. Noch besser war, die Ereignisse, über die berichtet wurde, selbst zu schaffen und deren mediale Interpretation zu beeinflussen, um das öffentliche, politische Urteil über die Nationalsozialisten aktiv mitzugestalten.

Von Anfang an setzte er auf Gewalt, ließ die SA auf Kommunisten und Juden los, provozierte Saalschlachten, weil er mit Erfolg kalkuliert, dass spektakuläre Gewaltexzesse in der Presse Berlins Resonanz finden würden und die Nazis damit ins Gespräch kämen. Anfang 1927 wagte Goebbels die erste große Auseinandersetzung mit der KPD in ihrem Kerngebiet, dem roten Wedding, und setzte eine nationalsozialistische Kundgebung in den Pharos-Sälen an, in denen die Kommunisten traditionell ihre Veranstaltungen abhielten. Nicht mehr kleine, unscheinbare Anschläge, sondern große, rote Plakate riefen zur Versammlung am 11. Februar 1927 auf. Das Thema hieß bezeichnenderweise: „Der Zusammenbruch des bürgerlichen Klassenstaates“. Bevor Goebbels überhaupt seine Rede begann, brach bereits die Schlägerei los. Die zahlenmäßig unterlegenen Kommunisten mussten, von der Polizei geschützt, das Feld räumen, das Spektakel war gelungen um den Preis von insgesamt 87 Verletzten. Die Berliner Tageszeitungen berichteten in großer Aufmachung über die Nationalsozialisten und ihren neuen Gauleiter.⁸

Der Staat schaute dem gewalttätigen Treiben keineswegs untätig zu. Im Mai 1927 verbot der Polizeipräsident Karl Zörgiebel den Gau Berlin-Brandenburg der NSDAP samt SA und SS, Goebbels

erhielt zusätzlich ein Redeverbot. Die im Aufbau befindliche Partei traf diese Maßnahme schwer, ja, fast sah es so aus, als sei Goebbels' politisches Schicksal damit besiegelt. Doch er erfand den Slogan „Trotz Verbot nicht tot“ und verwirklichte einen lang gehegten Plan und gründete eine eigene Zeitung für Berlin, programmatisch „Der Angriff“ genannt – ein aggressives, antisemitisches Blatt, das zunächst wöchentlich erschien und auf der Straße verkauft wurde. Herausgeber: Joseph Goebbels, Leitender Redakteur: Julius Lippert, der spätere nationalsozialistische Stadtkommissar und Oberbürgermeister Berlins.⁹

Mit einer perfiden, antisemitischen Idee erzielten Goebbels und Lippert die ersehnte dauerhafte öffentliche Aufmerksamkeit. Seit März 1927 war Bernhard Weiß, Verwaltungsjurist, Sozialdemokrat, Jude, der stellvertretende Polizeipräsident Berlins – das ideale Angriffsziel einer anhaltenden antisemitischen Kampagne. Für die Nationalsozialisten stand sowieso fest, dass Weiß der eigentliche Urheber des Verbots gewesen sei. Die ständigen giftigen und gehässigen Attacken im „Angriff“ gegen Weiß verbanden sich stets mit dem erfundenen Schmähnamen „Isidor“.¹⁰ Seitdem erschien kaum eine Ausgabe des „Angriffs“, in der Bernhard Weiß nicht angegriffen und verhöhnt wurde. Goebbels setzte nach und publizierte 1928 eine Sammlung von Artikeln und Zeichnungen gegen Weiß unter dem Titel „Das Buch Isidor. Ein Zeitbild voll Lachen und Haß“.¹¹ Es ging in keiner Weise um irgendwelche sachliche Kritik, sondern allein um hasserfüllte, effektheischende Diskurspolitik.

Propaganda stellt keineswegs eine Kommunikationsform dar, in der Wortmacht „von oben“ Glauben erzwingt, sondern muss stets auf Deutungserwartungen „von unten“ treffen, um glaubwürdig zu sein. Die „Isidor“-Kampagne konnte nur gelingen, weil sie auf antisemitische Ressentiments seitens der Adressaten traf, die als gelungenen Witz oder unterhaltsame Satire betrachteten, was in

Wirklichkeit entwürdigende, herabsetzende Verleumdung war. Die Denunziation gelang. Alfred Hirschberg, Funktionär des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und enger Freund von Weiß, schrieb in seinem Nachruf 1951, Goebbels hätte es geschafft, alle Welt habe nur von „Isidor“ gesprochen.¹²

Die Nationalsozialisten machten Politik mit Emotionen und verstanden, dass Emotionen wesentlicher Teil des Politischen sind. Hitler, Goebbels drückten unsägliche, unsagbare Gefühle aus: Hass, Neid, Missgunst. Sie sprachen aus, was ihre Zuhörer dachten und fühlten, aber sich nicht zu sagen trauten, sie bekräftigten deren Ressentiments und entfachten deren Leidenschaften. Entgegen allen in der Forschung gängigen Annahmen, dass Hitler und die NSDAP in den letzten Weimarer Jahren die antisemitische Propaganda hintan gestellt hätten, um die bürgerliche Mitte zu erreichen, lässt sich zumindest für Berlin sagen, dass hier „Der Angriff“ stets mit Antisemitismus gefüllt war und die Mobilisierung von Emotionen gegen die Juden zum politischen Konzept der Nationalsozialisten gehörte, häufig verbunden mit politischen Skandalen.

Doch Goebbels schuf auch Identifikationsfiguren, an die sich positive Gefühle und Bindungen knüpfen konnten. Der junge Horst Wessel, Pfarrerssohn und Jurastudent, war vom neuen Gauleiter begeistert, und auch Goebbels schätzte den jungen SA-Mann, der in der Berliner Organisation rasch aufstieg. Seit dem Frühjahr 1929 führte er den Sturm-Trupp 5 im kommunistisch dominierten Friedrichshain. Zudem gründete Wessel nach KPD-Vorbild eine nationalsozialistische Schalmeienkapelle und machte der KPD deren Monopol streitig. Dementsprechend verhasst war Wessel im kommunistischen Kiez.¹³

Als am Abend des 14. Januar 1930 eine Frau in dem KPD-Lokal in der Dragonerstraße erschien und um Hilfe gegen einen „Nazi“

bat, der sie angeblich in einer Mietsache bedrängte, und dann auch noch der Name „Wessel“ fiel, machten sich sofort einige Männer des Rotfront-Kämpferbundes, begleitet von anderen einschlägig bekannten Größen aus dem Rotlichtmilieu, zur Wohnung von Horst Wessel auf. Als dieser die Tür öffnete, schoss ihn einer der Männer mit seiner Pistole nieder. Wessel erlag wenige Wochen später seinen Verletzungen, die NS-Bewegung hatte ihren „Märtyrer für das Dritte Reich“. Auf dem Friedhof zog Goebbels in seiner Rede alle Register und erhob Horst Wessel zu einer Christusfigur der nationalsozialistischen Bewegung. Von nun an wurde es zum SA-Ritual, dass beim Appell zum Schluss nach Horst Wessel gefragt wurde und alle mit „Hier!“ antworteten. Und noch etwas hinterließ der junge SA-Mann seiner Organisation: ein Lied, das er im März 1929 geschrieben hatte und das nun das „Horst-Wessel-Lied“ der NS-Bewegung wurde: „Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen! SA marschiert mit mutig festem Schritt./ Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, / Marschier'n im Geist in unseren Reihen mit.“¹⁴

In Berlin richtete die NS-Führung nach 1933 gleich mehrere Kultstätten für Wessel ein. Neben dem Grabstein auf dem Nicolai-Friedhof wurde das Sterbezimmer im Krankenhaus Friedrichshain zur Gedenkstätte erklärt und der Stadtbezirk in Horst-Wessel-Stadt umbenannt. Die alte KPD-Zentrale am Bülowplatz, heute Rosa-Luxemburg-Platz, hieß nun Horst-Wessel-Haus, nachdem SA-Trupps am 8. März 1933, drei Tage nach der Reichstagswahl, das Haus gestürmt und triumphierend die Hakenkreuzfahne auf dem Dach gehisst hatten. Der Bülowplatz selbst wurde in Horst-Wessel-Platz umbenannt und auf ihm im November 1936 eine sechs Meter hohen Säule mit einem riesigen Bronzeadler, dessen Schwingen sieben Meter breit waren, für die „Ermordeten der Bewegung in der Innenstadt“ errichtet, auf der Säule die Zeile aus Wessels Lied „Sie marschieren im Geiste in unseren Reihen mit“.¹⁵

II.

Wer die NS-Bewegung verstehen will, darf also nicht nur nach Weltwirtschaftskrise, hoher Arbeitslosigkeit und Not, nicht nur nach demokratischen Defiziten und Staatsschwäche fragen, sondern muss gleichermaßen politische Emotionen untersuchen – nicht im alten Sinn einer überholten Propagandageschichte, die in den Massen nur passive Empfänger verführerischer Slogans von diabolisch geschickten Propagandisten sah, als vielmehr als Geschichte von Kommunikation, in der die Sender zwar klare Absichten besitzen, aber die Empfänger durchaus auf ihre Weise die Botschaft verstehen und sich aneignen, und sich damit wiederum mit den eigenen, vielfältigen Wünschen, Hoffnungen, Erwartungen an bestimmte Personen, Parteien, Institutionen binden.¹⁶

Wenn bei Ian Kershaw, Hans-Ulrich Wehler und Richard Evans wieder viel von Hitlers Charisma die Rede ist und auf Max Webers Konzept charismatischer Herrschaft Bezug genommen wird, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Weber Charisma als soziale Beziehung auffasst, bei der es nicht auf die objektive charismatische Qualität einer Person ankommt, sondern allein darauf, ob diese Qualität von den Anhängern als besonders, außeralltäglich, charismatisch bewertet wird.¹⁷

Nicht der „Führer“ allein, vielmehr die Fähigkeit der Nationalsozialisten, alte Bindungen aufzulösen und neue Zugehörigkeiten zu schaffen, Vergemeinschaftungsformen anzubieten, die jenseits einer traditionellen, immer noch hierarchisch gegliederten Honoratiorengesellschaft neue Kollektivierungen ermöglichten, machte die Faszination des Nationalsozialismus aus. Die NSDAP propagierte nicht nur die Volksgemeinschaft, sondern bot in ihren Gliederungen überzeugend für die Vielen Gemeinschaftserfahrungen unabhängig von Klassen- und Standesschranken an.¹⁸

Heute über den Nationalsozialismus forschen, bedeutet daher, über mehr zu reden als nur über materielle Interessen, schon gar nicht über ideologisches, sprich: falsches Bewusstsein. Eine moderne Sozialgeschichte des Nationalsozialismus muss die immaterielle Dimension der Geschichte in den Blick nehmen: die symbolischen Inszenierungen und performativen Rituale von Zugehörigkeit und Ausgrenzung, die emotionalen Bindungen, die Projektionen, Verheißungen wie Erwartungen, und damit zugleich die Perspektive drehen von einem Blickwinkel des „top down“, in dem es allein auf die Akteure an der Spitze ankommt und deren angebliche Fähigkeit, sowohl den Apparat mit Befehlen zu dirigieren als auch die Massen zu manipulieren, hin zu einer komplexeren Beobachtungsposition, in der die Interaktivität und Kommunikativität im Mittelpunkt steht. Nicht die Manipulationskunst der NS-Führung ist zu erklären, als vielmehr die Selbstmobilisierung der Massen.

Mit der Verheißung einer Volksgemeinschaft – einer Vokabel übrigens, die schon in der Weimarer Republik bei allen Parteien große Konjunktur hatte – besaßen die Nationalsozialisten ein wirkungsmächtiges semantisches Instrument, um einerseits die rechtsstaatliche Weimarer Verfassung, die ein Staatsvolk und keine Volksgemeinschaft vorsah, zu dementieren und andererseits die politischen Sehnsüchte nach Einheit und Gleichheit über die Republik hinaus für eine neue, nationalsozialistisch strukturierte Ordnung zu mobilisieren. Nationalsozialistische Volksgemeinschaft heißt daher auch der Versuch, Heterogenität, Uneindeutigkeit, Ambivalenz zu eliminieren und die Gesellschaft in spezifischer, rassistischer Weise zu homogenisieren. Die Inklusion der Volksgemeinschaft hieß immer zugleich harte, brutale, gewalttätige Exklusion. Was im Rückblick gern getrennt wird, sind in Wirklichkeit die beiden Seiten ein und derselben Medaille.¹⁹

Gleich Anfang April 1933 fand eine große Razzia im Scheunenviertel statt, um Berlin von so genannten „asozialen“ jüdischen Elementen zu „säubern“.²⁰ Gerade Berlin, dessen Faszination nicht zuletzt auf seiner Heterogenität, der Vielfältigkeit, den Freiräumen und Nischen für eigensinnige Lebensweisen beruhte, wurde nun einer unerbittlichen volksgemeinschaftlichen Homogenisierung unterzogen, die sexuelle Selbstbestimmtheit ebenso verfolgte wie soziale Devianz.

Hier liegt meines Erachtens eine wesentliche, neue Forschungsperspektive auf den Nationalsozialismus: eine Gesellschaftsgeschichte zu schreiben, die die gleichzeitigen Praktiken von Inklusion und Exklusion, die neuen Zugehörigkeiten und Ausgrenzungen, die neuen Grenzen, die im Alltag gezogen wurden, in den Blick nimmt, kurz: die Transformation einer rechtsstaatlich verfassten Zivilgesellschaft in eine rassistisch, antisemitisch strukturierte, zunehmend gewalttätig agierende Volksgemeinschaft.

Dabei darf die Ökonomie nicht unterschlagen werden. Ist es nicht verblüffend, dass Berlin der wichtigste Industriestandort, insbesondere der Rüstungsindustrie, war, und sowohl eine Wirtschaftsgeschichte Berlins wie eine Geschichte der Betriebe im Nationalsozialismus fehlen? Was geschah denn vor Ort am Arbeitsplatz nach der Zerstörung der gewerkschaftlichen Strukturen und der Errichtung einer stände-faschistischen Betriebsgemeinschaft mit dem Unternehmer als Betriebsführer an der Spitze und einer Belegschaft, die nun Gefolgschaft sein sollte? Die Gewerkschaftsorganisationen waren zerschlagen, ihr Millionenvermögen geraubt, aber die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren doch noch da! Wie und wer setzte denn die neue Ordnung in den Betrieben durch? Wie ordnete sich jetzt der Wunsch nach Arbeitsplatzsicherheit, nach geregelter Auskommen auf der einen und der unterdrückten Freiheit der Artikulation von Forderungen auf der anderen Seite?

Alf Lüdtkke hat darauf hingewiesen, wie wirkungsmächtig Begriffe wie „Deutsche Qualitätsarbeit“ oder „Ehre der Arbeit“ für das Selbstverständnis von Arbeitern waren.²¹ Nicht allein der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der als Erfahrung in keinem Fall unterschätzt werden darf, wenn man bedenkt, dass in den Jahren zwischen 1929 und 1934 Millionen von Arbeiterhaushalten von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sondern auch symbolische Anerkennungspolitik und das volksgemeinschaftliche Leistungsideal mit seinem Versprechen, dass nicht mehr Herkunft und Stand, sondern allein die Leistung zähle, haben zur Integration der Arbeiterschaft in den Nationalsozialismus beigetragen.

Was geschah, wenn diese Arbeiter Soldaten wurden, ihre Erfahrungen im Vernichtungskrieg machten, an ihm teilhatten? War der Stolz, „Qualitätsarbeit“ im Betrieb zu leisten, auch im Krieg ein Beweggrund, wie Alf Lüdtkke meint, das Töten als Arbeit zu betrachten, die ohne Murren und mit handwerklicher Präzision getan werden musste?²² Welche Erfahrungen machten diejenigen, die „unabkömmlich gestellt“ in Berlin in der Fabrik nun jüdische, russische, polnische, französische Zwangsarbeiter unter sich hatten?

Und wie veränderten sich Geschlechterbeziehungen, wenn Frauen in den Betrieben die männlichen Arbeitsplätze einnahmen und überhaupt in der nationalsozialistischen Ordnung in einer Vielzahl von gesellschaftlichen Organisationen, nicht zuletzt in den neuen Verwaltungsinstitutionen in den besetzten Gebieten Positionen erreichen konnten, die ihnen vorher nicht zugänglich waren? Wie viele und welche jungen Berlinerinnen haben denn im Warthegau, im Generalgouvernement, in Lodz, Warschau, Wilna, Kaunas, Riga, Minsk, Paris, Athen gearbeitet und Teil gehabt an der Terror- und Vernichtungspolitik zugunsten eines Großdeutschen Reiches – und was geschah mit dieser Generation von jungen Frauen nach 1945? Es kann keine Sozialgeschichte des Nati-

onalsozialismus geben, die nicht die Frage von Geschlecht, von Geschlechterbeziehungen, von Veränderungen im Bild von Weiblichkeit und Maskulinität in den Blick nimmt und konkret für Berlin untersucht, was in etlichen Studien bislang für das Deutsche Reich insgesamt geleistet worden ist.²³

Bleiben wir noch bei den offenen Forschungsfragen. In wohl kaum einer anderen europäischen Hauptstadt konzentrierten sich die politische Klasse und die politische Macht räumlich auf einen so engen Bezirk wie in Berlin. Berlin war ja nicht nur Hauptstadt des Reiches, sondern auch Preußens und der preußischen Provinz Brandenburg. Durch die frühere Unmittelbarkeit zum Kaiser besaß der Polizeipräsident in Berlin herausragende Machtbefugnisse, die in ihm die Eigenschaften eines Regierungspräsidenten wie eines Stadtkommandanten vereinigten.²⁴

In Berlin waren mit wenigen Ausnahmen sämtliche Reichsbehörden, der Reichstag, der Reichsrat als Vertretung der Länder, der Reichspräsident, die Spitze des Militärs sowie alle preußischen Behörden und das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg angesiedelt. Rund um die Wilhelmstraße lagen die verschiedenen Machtzentren greifbar nah beieinander – kein Wunder, dass der längste der Nürnberger Nachfolgeprozesse 1947/49 gegen die Ministerialbürokratie des Dritten Reiches, in dem unter anderem die Mittäterschaft des Auswärtigen Amtes, des Reichsinnen- und Reichsjustizministeriums an den Massenverbrechen verhandelt wurde, der „Wilhelmstraßen-Prozeß“ genannt wurde.

Und es ist erstaunlich genug, dass weder dieser umfangreiche Prozess mit seinen Abertausenden an Beweisdokumenten noch diese räumliche und personelle Konzentration der Administration Gegenstand einer komparativen, Politik als Kulturgeschichte verstehenden Studie geworden ist, wie sie beispielsweise Thomas Mergel für den Reichstag der Weimarer Republik vorgelegt hat.²⁵

Ähnliches ließe sich zur militärischen Elite sagen, die gleichfalls auf Berlin und Potsdam/Zossen konzentriert war und bis heute – sehen wir einmal von der jüngst erschienenen prosopographischen Arbeit von Johannes Hürter über die Oberbefehlshaber der Wehrmacht an der Ostfront ab²⁶ – ein eigentümlich unbeschriebenes Blatt darstellt, obwohl sie zu den entscheidenden Akteuren der Vernichtungspolitik des NS-Regimes gehörte.

Wie war die generationelle Zusammensetzung der Täter und Mitäter in der Wilhelmstraße? Hatten sie gleiche Ausbildungswege absolviert? Kamen sie aus denselben Universitäten? Hatten sie den gleichen studentischen Verbindungen angehört? Welchen Vereinen, Klubs und Männerbünden gehörten sie an – zumal bekannt ist, wie einflussreich in dieser Zeit die Berliner Klubs waren? Wohnten sie womöglich in denselben Stadtteilen und Vierteln? Mit wem waren sie liiert? Solche Fragen, bei denen politische Entscheidungsprozesse nicht nur als normierte bürokratische Verfahren, sondern vor allem als Kommunikations- und Aushandlungsprozesse verstanden werden mit Akteuren, die sich kennen oder kennen lernen müssen, um miteinander politisch-administrativ agieren zu können, verändern die herkömmlichen, eher auf die innere Administration und Struktur fokussierten Herangehensweisen. Eine moderne politikgeschichtliche Studie zu den Ministerialbürokraten der Wilhelmstraße, der politischen Elite des Reiches wie Preußens, die auf erschreckend kreative Weise bereitwillig mithalf, die Grenzen des „Normenstaates“ abzubauen und der destruktiven Expansion und Exklusion des NS-Regimes die Wege zu ebnet, wäre eine lohnende und spannende Forschungsperspektive.

III.

Diese für Berlin typische Überlagerung von verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsinstanzen bekamen insbesondere die

Juden der Stadt zu spüren, die, wie Wolf Gruner formulierte, „im Schnittpunkt zweier Verfolgungsprozesse, der antijüdischen Politik der Reichsregierung einerseits und den antijüdischen Maßnahmen der Berliner Stadtverwaltung andererseits“²⁷ ausgesetzt waren. Die Geschichte der Verfolgung der Berliner Juden insbesondere ab 1938 ist in den letzten zwei Jahrzehnten recht gut aufgearbeitet worden. Ich erinnere an die zahlreichen Initiativen in den Bezirken, zum Beispiel in Schöneberg, Kreuzberg oder jüngst das Gedenkbuch Charlottenburg, vor allem aber an die beiden Ausstellungen „Jüdische Geschichte in Berlin“, 1995/96, mit zwei gewichtigen Begleitbänden, herausgegeben von Reinhard Rürup, und die Ausstellung „Juden in Berlin 1938–1945“ von Beate Meyer und Hermann Simon, die im Jahr 2000 im Centrum Judaicum zu sehen war. Nicht zu vergessen die Forschungen von Wolfgang Benz und des Zentrums für Antisemitismusforschung wie von Wolf Gruner, sicher einer der besten Kenner der Judenverfolgung in Berlin.²⁸

Noch durch meinen Vorgänger, Prof. Ludolf Herbst, initiiert, ist am Lehrstuhl Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin ein Forschungsprojekt zu jüdischen Unternehmen in Breslau (Ingo Loose), Frankfurt am Main (Benno Nietzel) und eben Berlin (Christoph Kreutzmüller) in Arbeit.²⁹ Dabei geht es nicht nur allein darum – obwohl auch dies bereits eine immense Arbeit ist – die vielen tausend jüdischen Unternehmen in Berlin namhaft zu machen und die diversen Verwaltungsinstanzen darzustellen, unter denen die Oberfinanzdirektion und die Industrie- und Handelskammer eine herausragende Stelle einnahmen, um den Juden Berlins ihre wirtschaftliche Existenz zu nehmen und ihr erworbenes Vermögen zu rauben. Es geht stets um ganz konkrete Schicksale:

Nicht weit von hier, in der ehemaligen Neuen Friedrichstraße Nr. 4, heute Anna-Louisa-Karsch-Straße, befand sich – und hier zitiere ich aus den Forschungen von Christoph Kreutzmüller – bis zum

Oktober 1938 die Polsterhandlung von Josef Juliusburger. Deren langjähriger Inhaber erhielt am 21. Januar 1942, am Tag nach der Wannsee-Konferenz, den Deportationsbefehl. Daraufhin wählte Juliusburger einen Tag später den Freitod. Seinen Abschiedsbrief verfasste er auf seinem Geschäftspapier! Er begründete seinen Schritt damit, dass es gegen sein Ehrgefühl gehe, gegen sein Gefühl, ein ehrbarer Kaufmann zu sein, „zu unterschreiben, dass ich staatsfeindliche Gesinnung gezeigt habe und demnach ausgebürgert werde, was demnach auch die Folge hat, dass mein restliches in 36jähriger ehrlicher Arbeit erworbenes Vermögen beschlagnahmt wird.“³⁰

Oder Lea Fränkel, die in der Landsberger Straße 25 einen Großhandel für Galanteriewaren und Raucherbedarf betrieb. Sie wehrte sich mit Eingaben, Protesten und Bittbriefen Ende der dreißiger Jahre gegen die Liquidierung ihres Geschäftes. Insbesondere die Berliner Industrie- und Handelskammer schlug die Löschung des Unternehmens vor, weil die Umsätze angeblich zurückgegangen seien. Doch Lea Fränkel erhob Einspruch und wies darauf hin, dass es ihrem Geschäft immerhin so weit gut gehe, dass die IHK Beiträge von ihr erheben würde. Außerdem konnte sie belegen, dass ihre Umsätze nach Einbußen wieder gestiegen seien, und offenbar ließ zunächst der Druck auf sie nach. Doch schon das nächste Dokument in der Akte ist ein Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten vom Mai 1942 an das Amtsgericht, in dem er erklärte, dass das Geschäft Lea Fränkel seinen Betrieb am 14. November 1941 eingestellt habe – an eben jenem Tag, an dem sie von Berlin nach Minsk deportiert wurde.³¹

Am 14. November 1941 verließ ein Zug mit Berliner Juden den Bahnhof Grunewald in Richtung Minsk. Wir kennen eine Zahl: 956 Deportierte. Wir kennen die meisten Namen, aber kaum etwas wissen wir wie etwa bei Lea Fränkel über die Biographien dieser Menschen, wo sie in Berlin wohnten, wie sie lebten, was

sie arbeiteten. Aber auch wenig über die Volksgenossinnen und Volksgenossen, die gleichgültig zusahen, wie ihre jüdischen Nachbarn verschwanden, womöglich sogar von deren Deportation profitierten – wie jene Kauffrau Ella Galle, die in ihrem Geschäft in der Skalitzer Straße 136 in Kreuzberg mit dem Schild im Schaufenster warb: „Gebrauchtwaren aus dem Judenabschub“.³²

Nun hat sich kürzlich an der Humboldt-Universität eine Gruppe von zwei Dutzend Studierenden gebildet, die sich zur Aufgabe gemacht haben, mehr über die Deportierten, von denen nahezu niemand das Ghetto Minsk überlebte, herauszufinden – gemeinsam mit Studierenden aus Minsk, die ihrerseits über die Verhältnisse im Ghetto und die belarussischen Juden forschen sollen, die dorthin verschleppt wurden. Insgesamt ein Projekt zur Erforschung und Erinnerung an die nach Minsk deportierten Berliner Juden, das gemeinsam mit dem Centrum Judaicum, der Jüdischen Gemeinde, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Humboldt-Universität durchgeführt wird. Eine Ausstellung wie in Hamburg zu den Deportationen von Juden und Roma und Sinti, die jüngst im Frühjahr dieses Jahres mit großer öffentlicher Resonanz gezeigt wurde, steht für Berlin aus, wie es überhaupt bis heute keine Studie zur Deportation der Roma und Sinti aus Berlin gibt.³³

IV.

Geschichte ist mehr als Aufklärung und Rekonstruktion vergangener Wirklichkeiten. Sie ist auch Erinnerung und Arbeit am kollektiven Gedächtnis, am kulturellen Orientierungsrahmen einer Gesellschaft. Was wir wissen wollen über die Vergangenheit, sagt viel über unser Gegenwartsbewusstsein aus. Es gibt unendlich viele Fragen an die Vergangenheit, die uns nicht mehr interessieren, und es gibt wiederum Fragen, die uns nicht loslassen,

unter die kein Schlussstrich gezogen werden kann, weil es uns keine Ruhe lässt, zu ergründen, wie es zu diesen ungeheuerlichen Verbrechen kommen konnte.

Nicht Rituale der öffentlichen Mahnung oder das politisch korrekte Bekenntnis, im Lande der Täter stets auf der Seite der Opfer stehen zu wollen, meine ich damit, sondern den Versuch, das Verstörende zu verstehen, das dieses 20. Jahrhundert aufwirft, weil Menschen wie wir diese Verbrechen erdacht und ausgeführt haben. „Das Beunruhigende an der Person Eichmanns“, hielt Hannah Arendt in ihrem Buch über die Banalität des Bösen fest, „war doch gerade, dass er war wie viele und dass diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind.“³⁴

Sich-Erinnern bedeutet, sich bewusst zu entscheiden, die Menschen, die diese exzessive Gewalt im 20. Jahrhundert erlitten und zu einem ungeheuer großen Teil nicht überlebten, nicht zu vergessen, und zwar die konkreten, individuellen Menschen mit einem Namen, einem Gesicht, einer Geschichte, und ihnen einen Platz in unserer Gegenwart zuzumessen, auf Stolpersteinen, Gedenktafeln, auf Internetseiten, in Ausstellungen oder Büchern. Die 956 Menschen, die im November 1941 nach Minsk deportiert wurden, waren wie alle übrigen Deportierten aus Berlin Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, ihr Tod bedeutet einen nicht wieder gut zu machenden Verlust. Sie haben ein Recht, erinnert zu werden, und wir eine Chance für uns selbst, uns ihrer zu erinnern. Denn wir können dadurch etwas in Erfahrung bringen, nämlich wie rasch es möglich ist, existierende Verbindungen abubrechen, Distanzen zu schaffen, neue Grenzen zwischen Menschen zu ziehen und die Zugehörigkeiten neu zu bestimmen.

Der brutale Terror gegen Tausende Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, die in Berlin in weit über 100 Folterstätten brutal

zusammengeschlagen, gefoltert und in vielen Fällen auch getötet wurden – denken Sie nur an die bestialischen Morde während der so genannten Köpenicker Blutwoche im Juni 1933 – hat sein Ziel durchaus erreicht und die politischen Gegner des Nationalsozialismus eingeschüchtert.³⁵ Der Widerstand, der sich in den darauffolgenden Jahren in Berlin regte, wie von Hans-Rainer Sandvoß akribisch aufgezeichnet, war vereinzelt, von wenigen getragen, deren Mut nichts desto weniger alle Anerkennung gebührt.³⁶

Die meisten jedoch arrangierten sich rasch mit dem neuen Regime, ja trugen es gern mit, nachdem sich sowohl politische und wirtschaftliche Stabilität eingestellt hatte, die Arbeitslosigkeit sank und Deutschland Schritt für Schritt die Bestimmungen des Versailler Vertrages revidierte. Gewiss blieb die Kriegsbegeisterung im Herbst 1939 aus. Aber als nicht nur Polen rasch erobert, sondern im Frühjahr 1940 auch Frankreich, der Angstgegner aus dem Ersten Weltkrieg, in kurzer Zeit besiegt worden war, hätte Hitler – darin sind sich Historiker heute einig – wenn es freie Wahlen gegeben hätte, eine überwältigende Mehrheit der Stimmen errungen.

Die Überwindung des Klassengegensatzes, den aufzuheben auch diejenigen im Sinn hatten, die eine klassenlose Gesellschaft anstrebten, der Wegfall traditioneller Herkunfts- und Standesschranken, das Versprechen einer Leistungsgesellschaft, die Erfahrung zahlreicher, vom Regime organisierter Gemeinschaftserlebnisse und nicht zuletzt die sich öffnenden Ermöglicheräume – all das sorgte nicht nur in der Berliner Gesellschaft für Konsens, Einverständnis, engagierte Unterstützung des NS-Regimes.

Der Plan, nicht nur Deutschland „rassisch“ neu erstehen zu lassen, sondern ganz Europa „rassisch“ neu zu ordnen, jene Faszination, nicht nur andere, schönere Welten zu entwerfen, sondern auch schreckliche Wirklichkeit werden zu lassen, hat Intellektuelle, Aka-

demiker, Wissenschaftler scharenweise zu bereitwilligen Stützen des NS-Regimes werden lassen. Endlich glaubte sich der Philosoph an der Macht, der Historiker als Lenker der Weltgeschichte, der Arzt als uneingeschränkter Erforscher menschlichen Lebens, der Biologe in der Rolle, neue, bessere Völker züchten zu können.³⁷

Aber der Preis war unmissverständlich. Für die Begeisterung, zur deutschen, siegreichen Volksgemeinschaft zu gehören, musste man die Ausgrenzung all derjenigen akzeptieren, die nicht dazu gehören sollten, allen voran die Juden, aber ebenso Roma und Sinti, so genannte „Asoziale“ und „Gemeinschaftsfremde“, Homosexuelle, behinderte und geistig kranke Menschen – sie alle, die nicht in das rassenbiologische Konzept eines gesunden „Volkskörpers“ passten, wurden vom NS-Regime von Anfang an ausgeschlossen und mit zunehmender Härte verfolgt. Auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, das Oppositionelle und Juden aus dem öffentlichen Dienst entfernte, folgte gleich am 14. Juli das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das erstmals die Zwangssterilisation von angeblich erbkranken Menschen vorsah. Allein in den ersten drei Jahren kamen etwa 224.000 Fälle vor die neu gebildeten Erbgesundheitsgerichte, die in knapp 90 Prozent auf Sterilisation entschieden.³⁸

Hier in Berlin, im Haus Tiergartenstraße 4, wurde die Ermordung behinderter und kranker Menschen in der so genannten Euthanasie-Aktion organisiert, in der bis zum Kriegsende etwa 275.000 Menschen ermordet wurden, weil sie nicht in die rassistisch-utilitaristische Norm des Nationalsozialismus passten. Und es ist dem Engagement Sigrid Falkensteins zu danken, dass die Aufgabe, sich dieses Berliner Ortes, Tiergartenstraße 4, mit einer angemessenen Gedenkstätte zu erinnern, auf der Tagesordnung bleibt.³⁹

Wer nicht arbeitete, sollte auch nicht essen. Der Wert des Einzelnen zählte nur danach, was er für die Volksgemeinschaft zu leis-

ten in der Lage war. Das war keineswegs sozialistische Gleichheit oder eine „Wohlfühl-diktatur“ (Götz Aly), sondern eine unerbittliche Ordnung biopolitischer Ungleichheit, in der soziale Grenzen rassistisch definiert und mit Gewalt durchgesetzt wurden. Aber wie wurden diese neuen Grenzen im Alltag gezogen? Wann wurden welche akzeptiert oder auch gleichmütig ignoriert? Wo waren viele einverstanden oder halfen sogar tatkräftig an der Ausgrenzung mit? Bei wem gab es Skepsis, Vorbehalte, vielleicht sogar Verweigerung?

Was geschah in einer Straße wie zum Beispiel der Oranienburger? Wie ordnete sich die Topographie dieser Straße nach dem 30. Januar 1933 neu? Wer ging noch in welche Lokale? Wer traf sich noch mit wem in denselben Vereinen? Wann wurde es zunehmend ein Wagnis, zur Synagoge zu gehen, ohne Gefahr zu laufen, angepöbelt oder sogar angegriffen zu werden? Gab es nachbarschaftliche, stille Hilfe? Von Menschen, von denen man es zuvor gar nicht erwartet hatte?

Da sind zum einen die Erinnerungen von Inge Deutschkron, die in der Blindenwerkstatt von Otto Weidt Arbeit fand und deshalb mit ihrer Mutter vorläufig noch nicht auf die Deportationslisten kam. Als aber dann die Deportation immer drohender wurde, tauchten Mutter und Tochter im Januar 1943 unter und erlebten in der stets gegenwärtigen Welt der Gefahr immer wieder auch eine verborgene Welt der kleinen und doch unglaublich mutigen Hilfe, von Menschen wie dem Ehepaar Gumz, die den beiden ein paar Wochen Unterschlupf gewährten, sie mit Lebensmitteln versorgten oder zu einem neuen Versteck brachten.⁴⁰

Bei Beate Meyer andererseits kann man ein Interview mit einem damals Jugendlichen lesen, der gemäß der nationalsozialistischen Gesetze als jüdischer „Mischling“ galt, aber betonte, dass er von seinen Mitschülern nicht ausgegrenzt worden sei, sondern sie auf

der Straße miteinander gespielt hätten. 1939/40 jedoch, als alle nach Karl-May-Art Blutsbrüderschaft schließen wollten, durfte er nicht dabei sein. „Da haben meine Freunde geglaubt, diese Blutsbrüderschaft, dass da das Blut sich tatsächlich mischt. Sie haben sich ein bisschen dabei geschämt. Aber sie blieben dabei.“⁴¹

Es sind diese mikrohistorischen, alltagsgeschichtlichen Analysen, die uns etwas über Teilhabe, Partizipation, Mittäterschaft, Rückzug, Gleichgültigkeit ebenso wie Anteilnahme, Hilfe, Mitleid in der NS-Gesellschaft sagen können und Handlungsräume zur einen wie zur anderen Seite aufzeigen, die den damaligen Akteuren offen standen. In der Untersuchung solcher Kontexte und Handlungsfelder wird auch Radikalisierung und Dynamik der Gewalt erkennbar.

Saul Friedländer hat deshalb eine integrierte Geschichte der Shoah gefordert, die sowohl die Perspektive der Täter wie der Opfer als auch der Bystanders einbezieht.⁴² Für eine Geschichte Berlins im Nationalsozialismus scheint mir eine solche Multiperspektivität unerlässlich, die den Blick auf die verschränkte Geschichte zwischen Juden und Nicht-Juden, Volksgenossen und „Gemeinschaftsfremden“, Inkludierten und Exkludierten öffnet. Eine „histoire croisée“, die diese Interaktivität als Prozess interpretiert, in dem Inklusion und Exklusion nicht als statische, von oben definierte Größen, sondern vielmehr als Grenzen untersucht werden, die mit und durch soziale Praxis definiert, ausgehandelt, aber auch mit Gewalt und Mord durchgesetzt wurden. Eine verflochtene Geschichte, die die Dimensionen von Zustimmung und Abwehr, Mitmachen und Verweigern, Anteilnehmen und Wegschauen, auch und insbesondere von Habgier, Profitsucht und Selbstermächtigung durch Gewalt erkundet.

Diese Inklusions-/Exklusionspraxis galt nicht nur im Deutschland der Vorkriegszeit, sondern gleichermaßen im Krieg, im Bunker.

Wer Zugang zu den Luftschutzräumen hatte oder auch nur in einem Keller Zuflucht finden durfte, regelten rassistische Verordnungen und der Luftschutzwart vor Ort. Juden, Zwangsarbeiter hatten selbstverständlich kein Recht, vor den Bomben Schutz zu erhalten. Aber auch die Frage, ob gesunde, kräftige Männer nicht eher bei der Flak und Feuerschutz gebraucht würden oder ob denn alte, schwache und kranke Volksgenossen, die doch der Volksgemeinschaft nicht mehr nutzten, Zugang zu den Bunkern und Luftschutzkellern gewährt werden sollte, beschäftigte die Behörden wie die Volksgemeinschaft.⁴³

Nach Schätzungen des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge gab es in Berlin über 56.000 zivile Opfer, damit liegt Berlin absolut an der Spitze der deutschen Städte, wenngleich nicht relativ. Denn da erlitten andere Städte wie beispielsweise Heilbronn, wo mit 7.500 Toten fast zehn Prozent aller Einwohner in den Bombardierungen umkam, deutlich höhere Verluste.⁴⁴ Und es darf bei den Zahlen der zivilen Opfer der Luftangriffe nicht vergessen werden, dass keineswegs nur Deutsche umgekommen sind, vielmehr ebenso Russen, Polen, Ukrainer, Franzosen, Italiener und die bis dahin noch lebenden deutschen Juden.

Dass Berlin dennoch in der kollektiven Erinnerung eine so herausragende Stellung einnimmt, ist sicher der Stellung als Reichshauptstadt geschuldet und der Tatsache, dass Berlin 1944/45 das zentrale Angriffsziel der alliierten Bomber gewesen war. Auf Berlin wurden weitaus mehr Bomben geworfen als auf andere Städte, 550.000 Wohnungen wurden zerstört, etwa 37 Prozent des Gesamtbestandes.⁴⁵ Ziel der Angriffe war in erster Linie die Innenstadt, das Regierungsviertel, das Zentrum der nationalsozialistischen Macht. Von den 4,3 Millionen Berlinerinnen und Berlinern, die 1939 in der Stadt wohnten, waren 1944 nur noch 2,8 Millionen übrig geblieben. Die meisten hatten die Stadt spätestens seit 1943 verlassen, um sich vor den Bombardierungen in

Schutz zu bringen. KZ-Häftlingskommandos wurden in der Stadt eingesetzt, die die gefährlichsten und abstoßendsten Arbeiten verrichten mussten, nämlich nicht gezündete Bomben suchen und entschärfen und die Leichen bergen.⁴⁶

Zudem füllte die SS die Konzentrationslager, um die Häftlinge als Zwangsarbeiter, vor allem in der Rüstungsproduktion einzusetzen. Während der Kriegsjahre stieg die Zahl der Häftlinge sprunghaft von 90.000 Ende 1942 auf 700.000 Ende 1944. Überall in Deutschland wuchs die Zahl der KZ-Außenlager ebenso wie der Lager der insgesamt 7 Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, aus der Sowjetunion, Polen, Tschechien, Frankreich, Belgien, Niederlande.⁴⁷ In Berlin arbeiteten während des Krieges über eine halbe Million Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in annähernd 8.000 Betrieben. Sie waren im ganzen Stadtgebiet in Tausenden von Lagern und Unterkünften untergebracht, öffentlich, für alle sichtbar.⁴⁸

Berlin im Nationalsozialismus zu untersuchen, ist daher keineswegs allein eine deutsche Geschichte. Die brutale Besatzungs- und Ausbeutungspraxis Nazi-Deutschlands in Europa führte Europa nach Berlin zurück und konfrontierte die Berliner mit den Verbrechen des Regimes. Die Volksgenossen waren nicht länger mehr unter sich, sondern die Menschen, auf deren Ausbeutung sie ihre Versorgung und die Fortführung des Eroberungskrieges gründeten, lebten mitten unter ihnen. Berlin im Nationalsozialismus ist daher stets auch eine europäische Geschichte, Teil einer Gewaltgeschichte Europas im 20. Jahrhundert.

Zur Zwangsarbeit in Berlin, konstatiert Cord Pagenstecher, gibt es bislang noch nicht so viel Literatur.⁴⁹ Während die Berliner Politik mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle zügig gehandelt hat, damit die Anfragen von ehemaligen Zwangsarbeitern nach einem Arbeitsnachweis, um eine Entschädigung zu bekommen,

rasch beantwortet werden konnten, hinkt die historische Aufarbeitung hinterher, obwohl mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide eine Einrichtung geschaffen ist, die sich ebenso engagiert wie die Berliner Geschichtswerkstatt um die Geschichte der Zwangsarbeiter in Berlin kümmert und das Landesarchiv Berlin ein eigenes Findbuch zu den verstreuten Quellenbeständen zur NS-Zwangsarbeit erarbeitet hat.

Wäre es nicht an der Zeit, dass die Firmengeschichte von Schering, der AEG oder Siemens, die stark von der Zwangsarbeit profitierten, aufgearbeitet werden sollte? Allein die AEG unterhielt 101 Zwangsarbeiterlager, Siemens 63. Gerade die Siemens AG, die sich in Jubiläumsschriften gerne als innovatives Unternehmen und Wegbereiter der Moderne feiern lässt, sollte endlich ihre Firmenarchive vollständig öffnen, damit ähnlich wie für Volkswagen, die Bertelsmann AG oder die Commerzbank AG die Firmengeschichte im Nationalsozialismus uneingeschränkt erforscht werden kann.

V.

Am Ende des Dritten Reiches war Berlin keineswegs volksgemeinschaftlich homogen, rein deutsch, sondern wieder so heterogen wie zuvor, allerdings auf andere, gewaltsame, mörderische und leidvolle Weise. Der Versuch der Nationalsozialisten, die Pluralität der Stadt, die ihren Ruf in den 20er Jahren begründete und ihre Faszination ausmachte, zu zerstören und neu zu formieren, zu homogenisieren, aus der Metropole Berlin die Hauptstadt der Volksgemeinschaft zu machen, hatte sich in sein Gegenteil verkehrt und Berlin in die größte Katastrophe seiner Geschichte geführt.

Schon im Krieg lässt sich die Transformation des Selbstverständnisses als Volksgemeinschaft in das einer Opfer- und Schicksals-

gemeinschaft beobachten, die Mittäterschaft in Mitopferschaft verwandelt. Die Betonung, dass das deutsche Volk durch Bombenkrieg und Entbehrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit ausgiebig gebüßt habe, durchzieht nahezu alle politischen Reden der frühen Bundesrepublik. Aus der Volksgemeinschaft ohne „Führer“, der Opfergemeinschaft konnte dann die Erfolgsgemeinschaft werden, die die Ärmel aufkrempele und zupackt und alle integriert, die beim Wiederaufbau mitmachen, gleichgültig welche Verbrechen sie vorher begangen haben. Wer nicht dabei gewesen war, nicht die Front und die Bombennächte erlebt hatte, wer ins Exil getrieben worden war und nach dem Krieg nach Deutschland zurückkehrte, erlebte durchaus noch einmal mit, wie ausgrenzend auch diese Volksgemeinschaft nach 1945 sein konnte.

Schaut man heute die inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätten zur NS-Zeit in Berlin an, so scheint darin auch die Ausrichtung der bisherigen Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus auf: Widerstand, der Entscheidungsprozess zur „Endlösung“, die Institutionen des Terrors, Gestapo wie Konzentrationslager und die ermordeten Juden Europas, an die sämtlich mit beachtlichen, beeindruckenden Ausstellungen erinnert wird – die NS-Gesellschaft selbst, die inkludierende wie exkludierende Volksgemeinschaft ist kein Thema der Gedenkstätten – bislang, denn in der Topographie des Terrors arbeiten Claudia Steur und Miriam Kutzner an einer Ausstellung über Berlin im Nationalsozialismus, in der die Volksgemeinschaft thematisiert wird; in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wird verstärkt der „stillen Helden“ gedacht; und auch im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam gibt es Pläne zur Erforschung der Berliner Gesellschaft im Nationalsozialismus.

Die Ansätze sind da, nun ist es an der Zeit, beherzt den Schritt wagen, die Geschichte Berlins im Nationalsozialismus als eine moderne Gesellschaftsgeschichte zu schreiben, die unsere jetzigen

Fragen nach Radikalisierung, nach Ausgrenzung und Gewalt, nach Emotionen, Vergemeinschaftung und Handlungsoptionen, nach Volksgemeinschaft als sozialer Praxis von Inklusion und Exklusion zu beantworten sucht.

Es geht heute nicht mehr um die Staatsräson der Bundesrepublik, die Furcht vor der Verleugnung oder Verdrängung der nationalsozialistischen Massenverbrechen. Die Studierenden, mit denen ich es zu tun habe, muss niemand mehr über den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus aufklären. Und um gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung einzutreten und Menschenrechte zu verteidigen, braucht man den Bezug auf den Holocaust nicht. Aber nach wie vor gibt es Völkermorde, ethnische Säuberungen und Massengewalt auf der Welt, der nur begegnet werden kann, wenn man Gewalt versteht und die Transformation von Zivilgesellschaften und Rechtsstaatlichkeit, die Radikalisierung zu gewalttätigem Vernichtungshandeln erklären kann. Dafür ist die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ein weiterhin unerlässliches Forschungsfeld, um zu verstehen, wie das Böse soziale Praxis wird. Es sind immer unsere Fragen an die Geschichte, die uns umtreiben und beschäftigen. Es ist daher immer auch unsere Geschichte.

Anmerkungen

- 1 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941. Hrsg. E. Fröhlich, Bd. 1/II. München 2005, S. 94 (Eintrag unter dem 10.6.1926).
- 2 Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 1/II, S. 132 (Eintrag unter dem 17.9.1926).
- 3 Vgl. Reuth, R. G.: Goebbels. Eine Biographie. München-Zürich 1995, S. 104–107.
- 4 Herzfeld, H.: Berlin auf dem Weg zur Weltstadt. In: Berlin. Zehn Kapitel seiner Geschichte. Hrsg. R. Dietrich, Berlin 1981, S. 263; Engelmann, B.: Berlin. Eine Stadt wie keine andere. München 1986, S. 248 ff., zit. nach Winterhager, W. E.: Berlin als Zentrum des deutschen Widerstandes 1933 bis 1945. In: Berlin im Europa der Neuzeit. Ein Tagungsbericht. Hrsg. W. Ribbe, J. Schmäddecke. Berlin 1990, S. 377–397, hier S. 379; Friedrich, Th.: Die missbrauchte Hauptstadt. Hitler und Berlin. Berlin 2007.
- 5 Steinbach, P.: Berlin unter dem Nationalsozialismus. In: Berlin im Europa der Neuzeit. Ein Tagungsbericht. Hrsg. W. Ribbe, J. Schmäddecke. Berlin 1990, S. 315–328; Tuchel, J.: Berlin im Nationalsozialismus – Ergebnisse und Defizite 50 Jahre danach. In: Internationale Korrespondenz zur Erforschung der Arbeiterbewegung (IWK) 22 (1986), S. 79–83; Wippermann, W.: Die Doppelstadt. Anmerkungen über den Stand und die Perspektive der Erforschung der Geschichte Berlin in der NS-Zeit. In: Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer. Hrsg. W. Röhr u. a.. Berlin 1992, S. 377–399; Engeli, Ch., Ribbe, W.: Berlin in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Geschichte Berlins. Hrsg. W. Ribbe, Bd. 2, 3. aktual. Aufl. München 2002, S. 927–1024.
- 6 Vgl. zum Beispiel Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich. Hrsg. Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs. Berlin 1983; Roskamp, H.: Tiergarten 1933–1945. Berlin 1984; Der Lindenhof. Untersuchung von Nachbarschaftszusammenhängen und ihre Veränderung durch die nationalsozialistische Machtergreifung. Hrsg. Berliner Geschichtswerkstatt. Berlin 1985; Steglitz im Dritten Reich. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus in Steglitz. Hrsg. Bezirksamt Steglitz. Berlin 1992; Steer, Ch.: Versklavt und fast vergessen. Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939–1945. Berlin 2001; König, A.: Köpenick unter dem Hakenkreuz. Die Geschichte des Nationalsozialismus in Berlin-Köpenick. Mahlow 2004. Von den Büchern Sven Felix Kellerhoffs sei hier vor allem hingewiesen auf: Hitlers Berlin. Geschichte einer Hassliebe. Berlin 2005; „Kristallnacht“. Der Novemberpogrom 1938 und die Verfolgung der

Berliner Juden. Berlin 2008.

- 7 Siehe aber den frühen Aufsatz von *Broszat, M.*: Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 85–91; *Wildt, M.*: Goebbels in Berlin. Eindrücke und Urteile von Zeitgenossen aus den Jahren 1926 bis 1932. In: Das Goebbels-Experiment. Propaganda und Politik. Hrsg. *L. Hachmeister, M. Kloff.* München 2005, S. 73–84.
- 8 Vgl. *Riess, C.*: Goebbels, S. 116 f.; siehe auch Goebbels' eigene Darstellung in: *Goebbels, J.*: Kampf um Berlin. Der Anfang. München 1934, S. 63–75, dort sind Zeitungsberichte aus der „Berliner Morgenpost“, „Welt am Abend“ und der „Roten Fahne“ zitiert.
- 9 Vgl. *Reuth, R. G.*: Goebbels, S. 125; seit Oktober 1929 erschien der „Angriff“ sonntags und donnerstags, seit dem November 1930 täglich außer sonntags, vgl. *Kessemeier, C.*: Der Leitartikler Goebbels in den NS-Organen „Der Angriff“ und „Das Reich“. Münster 1967, S. 46. Eine systematische Untersuchung des „Angriffs“ hinsichtlich der Politik der Berliner NSDAP ist nach wie vor ein Forschungsdesiderat; siehe allerdings *Lemmons, R.*: Goebbels and Der Angriff. Lexington (Kent.) 1994.
- 10 Weiß wurde nach dem preußischen Staatsstreich durch von Papen im Juli 1932 seines Amtes enthoben, 1933 kurze Zeit interniert und flüchtete danach zunächst in die Tschechoslowakei, dann nach England, wo er 1951 in London starb (zu seiner Biographie siehe *Bering, D.*: Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels. Stuttgart 1991, S. 31–102, 355–394). Auch die „Rote Fahne“ nannte Weiß „Isidor“ und hat 1923 über den damaligen Chef der Berliner Politischen Polizei ein antisemitisches Gedicht veröffentlicht (ebenda, S. 242, 450 Anm. 67). Zur Markierung des Namens „Isidor“ als antisemitische Bezeichnung siehe ebenda, S. 170–175.
- 11 Ein Jahr später erschien ein weiteres Buch: Knorke. Ein neues Buch Isidor für Zeitgenossen. Hrsg. *J. Goebbels.* München 1929.
- 12 *Bering, D.*: Kampf um Namen, S. 19.
- 13 Zu Wessel siehe jetzt vor allem: *Siemens, D.*: Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten. Berlin 2009.
- 14 Vgl. *Reuth, R. G.*: Goebbels, S. 158–162. Der Täter Albert Höhler wird 1929 wegen Totschlags zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt und im September 1933 von der SA ermordet (vgl. *Siemens, D.*: Wessel, S. 211).
- 15 Siehe dazu *Engelbrechten, J. K. von, Volz, H.*: Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt. München 1937, S. 89–98; *Siemens, D.*: Wessel, S. 173–175.
- 16 Siehe dazu Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politi-

- schen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Hrsg. *G. Diesener, R. Gries*. Darmstadt 1996.
- 17 Vgl. *Kershaw, I.*: Hitler. 1889–1945. München 2009; *Wehler, H.-U.*: Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerherrschaft, Verbrechen. 1919-1945. München 2009; *Evans, R. J.*: Das Dritte Reich, Diktatur, 2 Bde.. München 2007.
 - 18 Vgl. *Mergel, Th.*: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936. In: Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939. Hrsg. *W. Hardtwig*. Göttingen 2005, S. 91–127; *Wildt, M.*: Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik, in: Politische Kultur und Medienwirklichkeiten. Zur Kulturgeschichte des Politischen nach 1918. Hrsg. *U. Daniel u. a.*. München 2010 (i. E.)
 - 19 Vgl. Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Hrsg. *F. Bajohr, M. Wildt*. Frankfurt am Main 2009; *Frei, N.*: „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit. In: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen. Hrsg. *N. Frei*. München 2005, S. 107–128.
 - 20 Vgl. *Helas, H.*: Die Razzia am 4. April 1933, in: Das Scheunenviertel. Spuren eines verlorenen Berlins. Hrsg. Verein Stiftung Scheunenviertel. Berlin 1994, S. 135f.; *Geisel, E.*: Im Scheunenviertel. Bilder, Texte, Dokumente. Berlin 1982, S. 138f.
 - 21 Vgl. *Lüdtke, A.*: „Ehre der Arbeit“. Industriearbeiter und Macht der Symbole. Zur Reichweite symbolischer Orientierungen im Nationalsozialismus, in: Arbeiter im 20. Jahrhundert. Hrsg. *K. Tenfelde*. Stuttgart 1991, S. 343–392.
 - 22 Vgl. *Lüdtke, A.*: The Appeal of Exterminating „Others“. German Workers and the Limits of Resistance. In: The Journal of Modern History 64 (1992).
 - 23 Vgl. Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus. Fragestellungen, Perspektiven, neue Forschungen. Hrsg. *J. Gehmacher, G. Hauch*. Innsbruck 2007; Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 23). Hrsg. *S. Steinbacher*. Göttingen 2007; *Gisela, G.*: Genozid und Geschlecht. Jüdische Frauen im nationalsozialistischen Lager-system, Frankfurt a. M. 2005.
 - 24 *Wiemers, M.*: Kommunalpolitik und allgemeine Verwaltung. In: Kommunalpolitik unterm Hakenkreuz. Berlin-Wilmersdorf 1933–1945. Hrsg. Bezirksamt Wilmersdorf. Berlin 1992, S. 34–168; *Reichhardt, H.J.*: Gesetze und Verordnungen zur Verwaltung Berlins vor 1945. In: Die Entstehung der Verfassung von Berlin. Eine Dokumen-

- tation. Hrsg. *H. J. Reichardt*. 1. Bd., Berlin, New York 1990, S. 1–58; *Graf, Ch.*: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutz der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reichs. Berlin 1983.
- 25 *Mergel, Th.*: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag. Düsseldorf 2002.
 - 26 *Hürter, J.*: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42. München 2006.
 - 27 *Gruner, W.*: Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933–1945. In: Jüdische Geschichte in Berlin. Hrsg. *R. Rürup*. Bd. 2: Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229–266, hier: S. 254.
 - 28 *Gruner, W.*: Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt, 2. vollständig überarbeitete und wesentlich erweiterte Aufl.. Berlin 2009; Juden in Berlin, 1938–1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Mai bis August 2000. Hrsg. *B. Meyer, H. Simon*. Berlin 2000; Jüdische Geschichte in Berlin. Hrsg. *R. Rürup*. 2 Bde.. Berlin 1995; *Wippermann, W.*: Steinerne Zeugen. Stätten der Judenverfolgung in Berlin. Berlin 1982.
 - 29 *Nietzel, B.*: Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main 1924–1964, Ausgrenzung, Selbstbehauptung, Vernichtung, Bewältigung (i. E.); Verraten und Verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933–1945. Hrsg. *Ch. Kreuzmüller, K. Nürnberg*. Berlin 2009 (2. Auflage); *Kreuzmüller, Ch., Weber, E.*: Unheilvolle Allianzen. Die Rolle des Stürmer bei der Vernichtung jüdischer Gewerbetätigkeit in Berlin. In: NURINST Jb. 2008, S. 81–98. Die Abschlussberichte des Berlin- und des Breslau-Projekts werden voraussichtlich Ende 2010 erscheinen.
 - 30 Brief Josef Juliusburger an Familie Köhler, 21.1.1942, zitiert nach: *Fischer, A.*: Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938–1945 in Berlin. Berlin 2007, S. 57; vgl. auch *Friedenberger, M.*: Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945, Berlin 2008; „Arisierung“ in Berlin. Hrsg. *Ch. Biggeleben, B. Schreiber, K. Steiner*. Berlin 2007.
 - 31 Vgl. Handelsregister-Akte Hermann Fränkel, in: Amtsgericht Charlottenburg HR A 90, 38022, 1943. (Die Akten wurden vor kurzem vom Landesarchiv Berlin übernommen und werden dort zur Zeit neu verzeichnet.)
 - 32 *Gottwald, A., Schuller, D.*: Die „Judendeportationen“ aus dem Deut-

- schen Reich 1941–1945, Wiesbaden 2005 S. 84–97; Meyer, B.: Deportation, in: Meyer/Simon, Juden in Berlin, S. 171–178. Der Hinweis auf den Aushang im Geschäft von Frau Galle findet sich in der ständigen Ausstellung im Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg.
- 33 In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940–1945. Hrsg. L. Apel. Berlin 2009. Zur Verfolgung der Roma und Sinti in Berlin vgl. die wenigen Arbeiten: Benz, W.: Das Lager Marzahn. Zur nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti und Roma und ihrer anhaltenden Diskriminierung. In: Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag. Hrsg. H. Grabitz, K. Bästlein, J. Tuchel. Berlin 1994, S. 260–279; Brucker-Boroujerdi, U., Wippermann, W.: Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin III. Das „Zigeunerlager“ Marzahn. In: Berlin-Forschungen II. Hrsg. W. Ribbe. Berlin 1987, S. 189–201. Vgl. dagegen zum Beispiel: Rassismus, Lager, Völkermord. Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Köln (Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln 13). Hrsg. K. Frings, F. Spring. Köln 2005.
- 34 Arendt, H.: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München 1986, S. 326. Exakt darauf wollte Hannah Arendt mit ihrem oft missverstandenen Untertitel hinweisen und keineswegs behaupten, dass das Böse banal sei.
- 35 Hördler, St.: Ruilos Knoblauch GmbH. In: Ch. Kreuzmüller, K. Nürnberg: Verraten, S. 52–55; König, A.: Köpenick, S. 62–78; Wörmann, H.-W.: Widerstand in Köpenick und Treptow. Berlin 1995, S. 18–39; Schilde, K.: Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring. Dokumentation mit Lebensgeschichten von Opfern des Widerstandes und der Verfolgung von 1933 bis 1945 aus dem Bezirk Tempelhof. Berlin 1987; vgl. auch Burkert, H.-N., Matussek, K., Wippermann, W.: „Machtergreifung“. Berlin 1933. Berlin 1982.
- 36 Sandvoß, H.-R.: Die ‚andere‘ Hauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin 2007.
- 37 Vgl. dazu Wildt, M.: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.
- 38 Vgl. Wildt, M.: Geschichte des Nationalsozialismus. Göttingen 2008, S. 109–133.
- 39 Siehe <http://www.sigrid-falkenstein.de>; vgl. auch Aktion T 4 1939–1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4. Hrsg. G. Aly. Berlin 1987.
- 40 Deutschkron, I.: Ich trug den gelben Stern. München 1985. Mittlerweile sind von diesem Buch über zwanzig Auflagen erschienen. Vgl. auch: Deutschkron, I.: Sie blieben im Schatten. Ein Denkmal für

„stille Helden“. Berlin 1996.

- 41 Meyer, B.: Erfühlte und erdachte „Volksgemeinschaft“. Erfahrungen „jüdischer Mischlinge“ zwischen Integration und Ausgrenzung. In: Bajohr, F., Wildt, M.: Volksgemeinschaft, S. 144–164, hier: S. 151.
- 42 Friedländer, S.: Den Holocaust beschreiben. Auf dem Weg zu einer integrierten Geschichte. Göttingen 2007.
- 43 Vgl. Maršolek, I., Buggeln, M.: Bunker. Kriegsort, Zuflucht, Erinnerungsraum, Frankfurt a. M. 2008; Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa. Hrsg. Arnold, J., Süß, D., Thießsen, M.. Göttingen 2009.
- 44 Engeli, Ch.: Krieg und Kriegsfolgen in Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten. In: Berlin im Europa der Neuzeit. Ein Tagungsbericht. Hrsg. Ribbe, W., Schmäddecke, J.. Berlin 1990, S. 399–416, hier S. 400 f.
- 45 Engeli, Ch.: Krieg, S. 406.
- 46 Vgl. dazu Frings, K.: Sklaven für die „Heimatfront“. Kriegsgesellschaft und Konzentrationslager. In: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9/I. Hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt). Hrsg. Echternkamp, J.. München 2004, S. 195–271.
- 47 Vgl. dazu nach wie vor Herbert, U.: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Überarb. Neuauflage. Bonn 1999; zu den Außenlagern jetzt Buggeln, M.: Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuenhamme. Göttingen 2009.
- 48 Pagenstecher, C., Bremberger, B., Wenzel, G.: Zwangsarbeit in Berlin. Archivrecherchen, Nachweissuche und Entschädigung. Berlin 2008, S. 62.
- 49 Kubatzki, R.: Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager. Standorte und Topographie in Berlin und im brandenburgischen Umland 1939 bis 1945. Eine Dokumentation. Berlin 2001.

Michael Wildt

- 1954 geboren in Essen.
- 1974–1979 Buchhändlerlehre und Berufstätigkeit im Rowohlt Verlag.
- 1979–1985 Studium an der Universität Hamburg (Geschichte, Soziologie, Kulturwissenschaften, Evangelische Theologie).
- 1987–1989 wiss. Mitarbeit an dem von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Modernisierung und Modernität in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland“ (Leitung: Prof. Dr. Arnold Sywottek, Universität Hamburg).
- 1991 Promotion mit der Dissertation „*Auf dem Weg in die ‚Konsumgesellschaft‘. Studien über Konsum und Essen in Westdeutschland 1949–1963*“.
- 1992–1997 wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg (seit 1997: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg).
- 1998–2009 wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich Theorie und Geschichte der Gewalt am Hamburger Institut für Sozialforschung.
- 2001 Habilitation an der Universität Hannover mit der Arbeit „*Generation des Unbedingten. Das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes*“ (*Venia legendi* für Neuere Geschichte).
- 2001/2002 Research Fellow am *International Institute for Holocaust Research* in Yad Vashem, Jerusalem.
- 2009 Berufung zum Professor für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt in der Zeit des Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Seit 1992 Mitherausgeber der Zeitschrift „WerkstattGeschichte“; 2005 Mitherausgeber der Zeitschrift „Historische Anthropologie“.

Ausgewählte Publikationen

a) Monographien

- Am Beginn der ‚Konsumgesellschaft‘. Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren. Hamburg 1994.
- Vom kleinen Wohlstand. Eine Konsumgeschichte der fünfziger Jahre. Frankfurt am Main 1996.
- Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.
- Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007.
- Geschichte des Nationalsozialismus. Göttingen 2008.

b) Herausgaben

- Die Judenpolitik des SD 1935–1938. Eine Dokumentation. Hrsg. M. Wildt. München 1995.
- Generation. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hrsg. U. Jureit, M. Wildt. Hamburg 2005.
- Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven. Hrsg. A. Lüdtke, M. Wildt. Göttingen 2008.
- Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Hrsg. F. Bajohr, M. Wildt. Frankfurt am Main 2009.

c) Aufsätze

- Die politische Ordnung der Volksgemeinschaft. Ernst Fraenkels ‚Doppelstaat‘ neu betrachtet. *Mittelweg* 36 12/2 (2003), S. 45–61.

- Himmlers Terminkalender aus dem Jahr 1937. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 52/4 (2004), S. 671–691.
- Biopolitik, ethnische Säuberungen und Volkssouveränität. Eine Skizze. *Mittelweg* 36 15/6 (2006), S. 87–106.
- Generational Experience and Genocide: A Biographical Approach To Nazi Perpetrators. In: *Biography between Structure and Agency. Central European Lives in International Historiography*. Ed. by V. Berghahn, S. Lässig. New York/Oxford 2008, S. 143–161.